

Antrag

der Abgeordneten Markus Frohnmaier, Edgar Naujok, Michael Ependiller, Joachim Wundrak, René Bochmann, Jan Wenzel Schmidt und der Fraktion der AfD

Entwicklungspolitik neu strukturieren – Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung abschaffen und Entwicklungshilfe in das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz eingliedern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Deutschland ist mit 33,9 Milliarden Euro im Jahr 2023 der zweitgrößte Geber von Entwicklungsleistungen (Official Development Assistance, ODA). Der Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat sich zwischen 2014 und 2020 fast verdoppelt und hat sich auf vergleichbar hohem Niveau auch in den vergangenen Haushaltsjahren verstetigt. Diese finanzielle Ausstattung ist überdimensioniert. Diese Überdimensionierung hat dazu geführt, dass der Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung über ein gesundes Maß hinaus sukzessive ausgedehnt wurde. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bleibt den Nachweis einer wirksamen, mit den Interessen Deutschlands übereinstimmenden Entwicklungspolitik schuldig. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit weist einen strukturellen Mangel an Effizienz, Effektivität, Kohärenz und Transparenz auf. Dieser Umstand ist vor allem darauf zurückzuführen, dass es in Deutschland keinen einheitlichen entwicklungspolitischen Akteur gibt, sondern hunderte verschiedene Akteure – Bundesministerien, die Länder, Kommunen, Interessenverbände, Nichtregierungsorganisationen, politische Stiftungen, Kirchen, zwei Durchführungsorganisationen, internationale und multilaterale Institutionen – entwicklungspolitisch aktiv sind und hierfür großzügig mit öffentlichen Mitteln ausgestattet werden.
2. Unter dem Mantel moralischer Unangreifbarkeit der Entwicklungshilfe verbirgt sich ein Versorgungssystem für politische Akteure, das ideologisch linke und environmentalistische Projekte im Ausland finanziert und auf mindestens fahrlässige Weise korrupte Strukturen in fragilen Kontexten stabilisiert und befördert. Die Ausrichtung und Konstruktion der deutschen Entwicklungszusammenarbeit untergraben die Verfolgung und Verwirklichung deutscher nationaler Interessen. Diese Interessen bestehen primär aus der Gewährleistung innerer und äußerer Sicherheit, der Ermöglichung eines möglichst barrierefreien Handels, der Sicherung des Zugangs zu Märkten und Rohstoffen, der Vermeidung ungewollter Migration und dem Erhalt der eigenen kulturellen Identität.

3. Entwicklungshilfe ist ein Instrument der Außen- und Außenhandelspolitik. Eng definiert muss Entwicklungshilfe der Armutsbekämpfung durch die Förderung wirtschaftlicher Entwicklung dienen. Aufgabe entwicklungspolitischer Maßnahmen ist es, die Wirtschaft von Geber- und Nehmernation zu fördern, den Handel anzuregen, Marktzugänge und Rohstoffe zu erschließen. Darüber hinaus muss Entwicklungshilfe an politische Bedingungen geknüpft sein, vor allem zum Zwecke der staatenübergreifenden Bekämpfung illegaler Migration, organisierter Kriminalität und des Terrorismus. Entwicklungshilfe soll auch dazu dienen, strategische Bündnisse zu pflegen, die deutsche Sprache und die deutsche kulturelle Identität zu fördern. Die bislang auseinanderfallende Zuständigkeit für Entwicklungshilfe und humanitäre Hilfe ist nicht zweckdienlich.
- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. die für das Entwicklungsressort vorgesehenen Bundeshaushaltsmittel im Einzelplan 23 für das Haushaltsjahr 2025 um etwa 70 Prozent gegenüber dem Haushaltsjahr 2024 zu reduzieren;
 2. das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung abzuschaffen und die Zuständigkeit für die Erbringung von Entwicklungsleistungen an das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz zu delegieren und die verbliebenen Bundeshaushaltsmittel in den Einzelplan 05 bzw. den Einzelplan 09 zu integrieren.

Berlin, den 11. Dezember 2024

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion